

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
werte Damen und Herren aus der Verwaltung und aus der Bürgerschaft,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben heute den 17. März 2025. Und wir beschäftigen uns mit dem Haushalt unserer Gemeinde für das Jahr 2025 – von dem bereits 2 ½ Monate vergangen sind.

Die Planung sieht im Ergebnishaushalt bei Einnahmen von 23 ½ Millionen Euro ein Defizit von knapp 3 ½ Millionen vor.

Allerdings sind die Zahlen, die uns vorliegen, alles andere als belastbar. Das liegt zu erheblichem Teil daran, dass wir zwar das gesetzlich vorgeschriebene Neue Kommunale Haushaltsrecht 2019 eingeführt haben, aber noch immer keine vollständigen und gültigen Jahresrechnungen vorhanden sind. Nach fünf Jahren fehlt noch immer die Eröffnungsbilanz, auf der alles andere aufbaut.

In dieser Situation ist es vielleicht interessant, einmal nur ein klein wenig über den Ortsrand hinauszuschauen. Wie sind denn die Gegebenheiten in unseren unmittelbaren Nachbargemeinden?

Ich meine nun nicht die Große Kreisstadt Bruchsal, sondern die Nachbarn unserer Liga.

In Karlsdorf-Neuthard ist unser früherer Hauptamtsleiter Sven Weigt schon seit vielen Jahren Bürgermeister. Die Eröffnungsbilanz wurde dort vom Gemeinderat bereits im Mai 2020 festgestellt. Und danach konnten regelmäßig Jahresabschlüsse erfolgen. Mittlerweile ist auch schon die Jahresrechnung 2023 formell festgestellt. Das Jahr schloss in Karlsdorf-Neuthard mit einem Überschuss von 1,85 Millionen Euro ab; da ist das geplante Defizit für 2025 von rund 1,5 Millionen Euro gut zu verkraften.

Auch in Hambrücken ist die Eröffnungsbilanz längst Geschichte. Sie wurde im April 2021 beschlossen. Im letzten Herbst wurde zumindest die Jahresrechnung 2022 festgestellt. Der Überschuss betrug rund 1,4 Millionen Euro. Der jetzt im Februar beschlossene Plan für 2025 sieht ein Defizit von rund einer Million Euro vor.

In Ubstadt-Weiher ließ man sich mit der Eröffnungsbilanz am meisten Zeit. Aber auch dort liegt sie seit November 2022 vor. Nur wir hier in Forst, wir warten noch immer.

Aber warum sind die fehlenden gültigen Abrechnungen überhaupt ein Problem? Das ist recht einfach zu erläutern. Im aktuellen Haushaltsplan finden wir nicht nur die Ansätze für 2025 und zum Vorjahr 2024, sondern auch die Rubrik „Ergebnis 2023“. Nähme man alle hier mitgeteilten Zahlen für bare Münze, müsste man sich die Augen reiben: Einem für 2023 erwarteten Defizit von 2,8 Millionen Euro steht hier ein Überschuss von 2,6 Millionen Euro gegenüber. Das sind 5,4 Millionen Unterschied – etwa ein Viertel des Haushalts. Man muss also genauer hinschauen.

Immerhin sieht man auf der Einnahmenseite etwas sehr Positives. Die Erträge waren 2023 um 1,4 Millionen Euro höher als erwartet, vor allem wegen sehr guter Gewerbesteuerereinnahmen.

Leider waren die Ausgaben vier Millionen höher als kalkuliert. Diese gravierende Veränderung ausreichend zu erklären, ist bislang eigentlich unmöglich. Sicher: Da fehlen in der Ergebnisspalte 2023 die Abschreibungen. Die werden etwa 1,6 Millionen ausmachen. Und da fehlt es auch an der Abrechnung interner Leistungen. Aber genau da wird es schwierig. Große Ausgabenposten in der Vergangenheit sind für uns nicht wirklich klar durchschaubar. Und auf dieser Basis sollen dann weitreichende Entscheidungen für die Zukunft getroffen werden.

Selbstverständlich darf nicht aus dem Blick verloren werden, dass alle Kommunen unter den wachsenden Belastungen durch Bund, Land und Kreis leiden. Der Druck wird von oben nach unten weitergegeben – vom Bund zum Land, vom Land zum Landkreis, vom Landkreis auf die Kommunen. Und diese müssen dann sehen, wie sie mit allem zurechtkommen. Die zugeteilten Aufgaben wachsen, aber an einer entsprechenden Einnahmenezuteilung fehlt es bislang. Das alles wissen wir und berücksichtigen es auch bei unseren Überlegungen.

Aber trotzdem. Uns bleiben Spielräume, die wir so oder so nutzen können. Wir können uns hinter der schlechten allgemeinen Situation verstecken und damit fehlende Eigeninitiative entschuldigen. Oder wir können zupacken und das für uns Mögliche verwirklichen.

Betrachten wir die konkrete Situation. Der Ansatz unseres Ergebnishaushalts für 2025 liegt im Vergleich zum Ansatz 2024 bei den Einnahmen nur um 300.000 Euro höher. Bei einem damaligen Volumen von 23,2 Millionen Euro sind das gerade einmal 1,3 Prozent. Die Inflationsrate betrug laut Statistischem Bundesamt im Vorjahr 2,2 Prozent. Das heißt, unsere Einnahmen schrumpfen real um fast ein Prozent. Wir sind nicht in der Lage, auf der Einnahmenseite mit der Inflation Schritt zu halten.

Auf der Ausgabenseite sieht es dagegen etwas anders aus. Da wird mit einem Zuwachs von fast 900.000 Euro gerechnet – das ist eine Zunahme um drei Prozent. Insgesamt vergrößert sich damit unser Defizit um mehr als eine halbe Million Euro. Das ist sogar eine Steigerung um stolze 20 Prozent im Vergleich zum Ansatz 2024.

Vor diesem Hintergrund können wir nur wiederholen, was wir Freien Wähler schon seit Jahren verlangen: Wir müssen einerseits mehr Einnahmen erzielen. Und wir müssen andererseits Ausgaben reduzieren. In beiden Richtungen sind selbstverständlich nur langfristig größere Erfolge zu erzielen. Aber wir müssen überhaupt den richtigen Kurs setzen.

Ich beschränke mich beim Problemaufriss auf vier zentrale Beispiele, um zu zeigen, was für uns notwendig ist.

Beginnen wir mit den Pflichtaufgaben der Kommune. Das größte Defizit entsteht im Bereich der KiTas. Das veranschlagte Defizit soll sich von 2024 auf 2025 um gut zehn Prozent erhöhen – von 2,9 auf 3,2 Millionen Euro. Das sind mehr als 300.000 Euro. Interessanterweise ist die Verteilung jedoch ganz unterschiedlich. Beim Spatzennest sollen es 70.000 Euro sein. Da wächst das Defizit um gut elf Prozent. Beim Buntstift sind es sogar 170.000 Euro. Das macht 24 Prozent aus! Und bei den beiden katholischen Kindergärten und dem Waldkindergarten? Da sind es zusammen auch 70.000. Aber hier vergrößert sich das Defizit nur um 4,5 Prozent! Wie kann das sein?

Die Zahlen, die uns der Haushaltsplan im Bereich unserer beiden KiTas liefert, sind absolut unbefriedigend. Auf ihrer Basis können wir weder ausreichend abschätzen, wie die Einnahmen zu optimieren sind, noch wie es auf der Ausgabenseite genau aussieht.

Das ist eine Situation, die für alle Fraktionen unbefriedigend ist. Deshalb fordern wir Freien Wähler seit Jahren eine externe Beratung. Wir haben da beim Seniorenheim gute Erfahrungen gemacht. Auch das war für unsere Verwaltung kein Spezialgebiet. Und wir haben durch Beratung viel dazugelernt. Das halten wir auch im KiTa-Bereich für möglich. Wir erneuern unsere Forderung, nach externer Analyse unserer Einnahmen- und Ausgabenstrukturen im Bereich der KiTas. Durch jemanden, der auf diesem Feld einen Überblick hat und angemessene Vergleiche ziehen kann. Auf ihrer Basis wird sich dann auch sachgerechter über zukünftige Beitragserhöhungen diskutieren und entscheiden lassen.

Auf jeden Fall darf es nicht wieder vorkommen, dass aufgrund geschickter Sitzungsleitung wie zu Jahresbeginn bei der ausschlaggebenden Sitzung die Vorstellungen der Ratsmehrheit nicht verwirklicht werden und gar keine Erhöhung zustande kommt.

Eine weitere sehr wichtige Pflichtaufgabe ist unsere Schule. Dabei dürfen wir aber in unserem Fall im Plan nicht nur auf die Lußhardtschule allein schauen, sondern müssen auch Turnhalle und Lehrschwimmbecken hinzunehmen. Hier geht es insgesamt um eine Erhöhung des Defizits von 80.000 Euro – oder neun Prozent – auf fast eine Million Euro.

Noch wichtiger als der Ist-Zustand ist hier aber die Zukunft. Eine große Investition steht an. Um unsere Schule fit für die gesetzlich vorgeschriebene Einführung der Ganztagsgrundschule zu machen, sind Umbauten und Erweiterungen vorgesehen. Im Moment sind dafür 4,6 Millionen Euro in den Jahren 2026 und 2027 eingeplant. Man braucht kein Hellseher zu sein, um behaupten zu dürfen, dass das sicher nicht reichen wird. Umso wichtiger wird es sein, auch Lösungen zu akzeptieren, die vielleicht nicht ganz so elegant, aber kostengünstiger sind.

In Bruchsal war es jahrelang möglich, dass vom JKG Räumlichkeiten im danebenliegenden katholischen Pfarrzentrum St. Paul genutzt wurden. Warum wird bei uns nicht auch das unmittelbar neben der Schule gelegene evangelische Gemeindezentrum bei den Überlegungen zur Ganztagsbetreuung einbezogen? Gerade für die Nachmittagszeiten sollte dessen Nutzung ohne weiteres möglich sein.

Selbst das Jägerhaus ist nicht sehr weit entfernt. Wenn dort nun die Musikschule ganz untergebracht wird, läge es doch auf der Hand, nachmittags in den dortigen Räumen zu kooperieren.

Damit kann auch gleich ein Blick auf die freiwilligen Leistungen verbunden werden. Auch hier nur zwei Beispiele. Und das erste ist naheliegender weise die Musik- und Kunstschule. Wir stehen voll und ganz hinter dem Engagement bei dieser Institution. Und wir wissen auch, dass wir an den 240.000 Euro Zuschüssen nur wenig ändern können, da die entscheidende Planung in der Bruchsaler Zentrale vorgenommen wird. Aber nicht nur bei der Grundschule, auch bei der Musik- und Kunstschule stehen räumliche Veränderungen an. Ihr Gebäude in der Schwanenstraße ist ein Sanierungsfall. Und der Umzug ins Jägerhaus ist eine sinnvolle Sache, die wir ohne weiteres befürworten. Aber auch hier sollte in bescheideneren Dimensionen gedacht werden. Die vorhandenen Räumlichkeiten in den ersten beiden Etagen sind nicht optimal genutzt. Hier gibt es offenkundig Spielräume, die genutzt werden sollten, ehe an eine teure Umrüstung der früheren Hausmeisterwohnung unter dem Dach gedacht wird – und die letztlich wahrscheinlich nicht das bringen wird, was man sich voller Optimismus erhofft.

Selbstverständlich wird das Einschränkungen für andere Nutzungen bringen, zum Beispiel bei der Volkshochschule. Aber auch da kann an Alternativen gedacht werden – etwa an die Räume im alten Feuerwehrhaus. Die werden wirklich nicht alle die ganze Woche genutzt. Manchmal wird über zu viele kommunale Gebäude bei uns gejammert. Wir sollten das Vorhandene auf jeden Fall besser nutzen!

Im zweiten Beispiel geht es um eine ganz andere finanzielle Größenordnung.

Das zweithöchste Defizit – nach den KiTas –im Bereich „Dienstleistungen und Infrastruktur“ entsteht bei der Sportförderung. Hier geht es um stolze zwei Millionen Euro – Geld, das die Gemeinde freiwillig investiert.

Nein, ich werde jetzt nicht schon wieder über den Heidesee reden, obwohl auf den immerhin erneut eine halbe Million Defizit entfallen soll - obwohl er nur noch als Badestelle ohne größere Auflagen geführt wird.

Noch mehr Zuschüsse wird nämlich die Waldseehalle mitsamt dem Alex-Huber-Forum erfordern: über 700.000 Euro! Sicherlich, ein erheblicher Teil von fast 300.000 Euro entfällt dabei auf Abschreibungen. Aber es gehört eben auch zu unseren Aufgaben, Abschreibungen zu erwirtschaften und nicht alles einfach herunterzuwirtschaften.

Diese sozusagen unsichtbaren Folgekosten müssen auch im Auge behalten werden, wenn es um eine Hallenerweiterung geht. Die Forderungen dazu sind inhaltlich absolut einleuchtend. Aber auf der anderen Seite muss die langfristige Finanzierung gründlich bedacht sein. Schon jetzt ist die Waldseehalle mit ihrem neuen Anbau eine schwere Belastung unseres Haushalts.

Hier muss daran gedacht werden, die Einnahmen zu erhöhen. Zum einen muss es eine bessere kommerzielle Ausnutzung des Alex-Huber-Forums geben. Hier muss offensiver um externe Großveranstaltungen geworben werden. Und für sie müssen dann auch angemessene Zeiten bereitgestellt werden.

Zum anderen müssen die Entgelte für die nichtkommerzielle Nutzung überdacht werden. Auch hier muss ein höherer Beitrag zur Finanzierung der Halle geleistet werden. Das wird sicherlich nicht auf große Begeisterung stoßen. Aber ehe wieder kräftig in das Horn gestoßen wird, es werde bei uns zu wenig für die Vereine getan, sollte doch zur Kenntnis genommen werden, dass allein für die Sportvereine in diesem Jahr 210.000 Euro an Zuschüssen eingeplant sind.

Gibt es nur Grund zum Klagen? Wir müssen auch das Positive sehen. Ich beschränke mich erneut auf zwei Beispiele, um nicht zu ausführlich zu werden. Unsere Bücherei ist schon seit 1991 ein Aushängeschild für unsere Gemeinde. Aber die Jahrzehnte gingen nicht spurlos an ihr vorbei. Wir haben einige Mittel zu einer größeren Renovierung zur Verfügung gestellt. Und am Ende des vergangenen Jahres ist es mit einer konzentrierten Kraftanstrengung gelungen, sie zu modernisieren und ihr wieder neuen Glanz zu verleihen.

Wir danken Edina Bärwald und ihrem Team für ihren Einsatz gerade in diesen anstrengenden Wochen.

Und ich nenne sie nur beispielhaft für alle diejenigen, die als Gemeindebedienstete Ähnliches für uns leisten.

Als zweites verweise ich auf unsere bisherigen Sanierungserfolge. Unsere Ortsmitte kann sich nach wie vor sehen lassen und das grundlegend umgestaltete Gebiet der Langestraße auch. Nun wird die Arbeit im Bereich der Schwanenstraße und weit darüber hinaus fortgesetzt. Da stehen wir erst am Anfang. Die Gemeinde kann zwar einiges bewirken, aber das Allermeiste muss durch das Engagement der Bürgerschaft erfolgen. Wir hoffen, dass die gebotene Chance von vielen ergriffen wird.

Meine Damen und Herren,

ich komme zum Schluss. Dem vorgelegten Haushaltsplan kann niemand mit Begeisterung oder auch nur guten Gewissens zustimmen. Wir werden es trotzdem tun, weil wir hoffen, dass die irgendwann zur Vergangenheit vorliegenden endgültigen Zahlen zeigen werden: Es kam nicht so schlimm, wie eigentlich geplant – und wie sich bereits ein Stück weit abzeichnet. Hoffen wir, dass das auch für 2025 gilt.

Zudem sind wir Freien Wähler willens, auch in diesem Jahr – wie in den vorangegangenen – die Haushaltsdurchführung kritisch zu begleiten. Wir wissen, dass die Probleme unseres Haushalts nicht wie durch Umlegen eines Schalters einfach zu lösen sind. Es bedarf konsequenter und kontinuierlicher Arbeit an den Strukturen.

Deshalb fordern wir – und wir wissen, dass das nicht nur von uns, sondern von vielen in diesem Gremium unterstützt wird –, dass erneut eine Haushaltsstrukturkommission berufen wird. Die gab es bereits – bis Bürgermeister Killinger ihre Existenz für unnötig hielt.

Um unsere Gemeinde wirklich zukunftsfähig zu machen, wird es zahlreicher kleinerer und größerer Veränderungen bedürfen. Wir dürfen uns von der Größe der Aufgabe aber nicht entmutigen lassen. Wir Freien Wähler werden unseren Teil dazu beitragen, sie zu bewältigen.